

Kontinuität und Wandel ausländischer Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa

Workshop des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle und der Forschungsstelle Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas an der Europa Universität Viadrina Frankfurt (Oder),
gefördert durch die Fritz-Thyssen-Stiftung
Halle, vom 13. bis 14. Mai 2004

Die ostmitteleuropäischen Länder sind im Vergleich zum Westen Europas trotz aller Entwicklungsfortschritte der letzten Jahre durch wirtschaftliche Rückständigkeit gekennzeichnet. Eine wesentliche Ursache dafür ist die schwache inländische Kapitalausstattung bzw. der Mangel an Investitionen zur Modernisierung des Kapitalstocks. Die bestehenden Entwicklungsunterschiede zeigen sich jedoch nicht erst in jüngster Zeit, sondern waren bereits kennzeichnend für die wirtschaftliche Entwicklung Europas vor dem Zweiten Weltkrieg. Damals wie heute sind die ostmitteleuropäischen Länder auf ausländische Direktinvestitionen zur technologischen und organisatorischen Modernisierung ihres Industrie- und Dienstleistungssektors angewiesen. Aus wirtschaftshistorischer und aktueller entwicklungsökonomischer Perspektive stellt sich daher die Frage, ob und inwiefern Ostmitteleuropa seit Beginn der Transformation lediglich an die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg anknüpft oder neue Entwicklungspfade beschreitet.

Dieser Fragestellung widmete sich die internationale Tagung, auf der sich Wissenschaftler verschiedener Fachgebiete aus Deutschland, Österreich, Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn beteiligten. *Jutta Günther* (Halle) und *Dagmara Jajeśniak-Quast* (Frankfurt-Oder) waren für die inhaltliche Organisation der Tagung, die durch die *Fritz-Thyssen-Stiftung* gefördert wurde, verantwortlich. Ein interdisziplinär ausgerichteter Expertenkreis stellte sich der anspruchsvollen und gleichzeitig schwierigen Aufgabe, die Aktivität multinationaler Unternehmen in der Region östlich der Elbe in der Zwischenkriegszeit und Gegenwart zu vergleichen. Insbesondere die entwicklungsökonomischen Impulse der ausländischen Direktinvestitionen in Polen, der Tschechoslowakei (Tschechien und Slowakei) und Ungarn wurden thematisiert. Vor allem bezüglich der Herkunft, Branchenzusammensetzung und regionalen Verteilung des ausländischen Kapitals, versuchte man die Auswirkungen der ausländischen Direktinvestitionen in diesen Ländern auf die Kontinuität und Brüche miteinander zu vergleichen.

Die Konferenz war zweitägig ausgelegt. Am ersten Tag stand die Zwischenkriegszeit (1918-1939) im Mittelpunkt der Diskussionen. Am zweiten Konferenztag wurden die ausländischen Direktinvestitionen nach der „friedlichen“ Revolution des Jahres 1989 analysiert. Die konsequent am Thema geführte Moderation der Diskussion von *Uwe Müller* und *Helga Schultz* (beide Frankfurt/Oder) ermöglichte die Verbindung zwischen den beiden Zeitepochen.

Angesichts der interdisziplinären Zusammensetzung des Teilnehmerkreises stand zu Beginn des ersten Tages ein Einführungsreferat von *Dagmara Jajeśniak-Quast*, in dem ein Überblick über die Fragestellungen und Thesen des Workshops gegeben wurde. Nach Meinung der Referentin ist das ausländische bzw. fremde Kapital historisch vorbelastet, was sich bis in die heutige Zeit auswirkt. Ein Spezifikum der historischen Entwicklung Ostmitteleuropas besteht darin, dass die Verteilung der schwachen Kapitalausstattung in den Ländern Ostmitteleuropas zwischen den verschiedenen Ethnien außerordentlich ungleich war. Dadurch kommt in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit der zeitgenössische Begriff des „Fremdkapitals“ auf. Zusätzlich zu

den ausländischen Direktinvestitionen wurde hier auch das Kapital von Juden, Deutschen oder Ungarn als „Fremdkapital“ bezeichnet. Deshalb ist nach Jajeśniak-Quast der Begriff von ausländischen Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa aus historischer Sicht nur sehr schwer als einheitlicher Sammelbegriff zu verwenden. Auch die Akzeptanz des ausländischen Kapitals in dieser Region ist historisch bedingt und oft nach der Herkunft zu differenzieren. Bei der Frage nach der Kontinuität bzw. Diskontinuität in der Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa ist die Einbeziehung der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen von größter Bedeutung für alle ostmitteleuropäischen Länder. Heute beziehen sich die meisten Länder auf diese kurze Geschichte ihres unabhängigen und selbständigen Staatswesens. Neben den exogenen Faktoren, die einen Einfluss auf die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen ausüben, wie die makroökonomischen Konditionen, der Grad der Aufnahmebereitschaft des ausländischen Kapitals, der Grad der Liberalisierung des Kapitalflusses, der Protektionismus des internationalen Handels und die Entwicklung des Transportes und der Kommunikationstechnologie (Geoffrey Jones), sind auf Grund der spezifischen wirtschaftlichen und soziokulturellen Entwicklungspfade der Region weitere Faktoren in die Betrachtung einzubeziehen. Das wichtigste Merkmal für die Betrachtung ist nach Jajeśniak-Quast der Nationalismus und damit die Idee von den Nationalstaaten sowie deren Entstehung nach dem Ersten Weltkrieg. Erst seit dieser Zeit können die neu entstandenen Staaten Polen und Tschechoslowakei eine eigene Wirtschaftspolitik betreiben. Das „Recht auf Selbstbestimmung“ wurde zum Losungswort in allen Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns. Die Ökonomie sollte wie vieles andere auch den Nationalinteressen untergeordnet werden. Der Wirtschaftsnationalismus spielte sowohl als exogene Erscheinung als auch als Teil des Nationalismus eine gewichtige Rolle im Prozess der nationalen und sozialen Integration in den Ländern Ostmitteleuropas. Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Nachfolgestaaten nach dem Ersten Weltkrieg wirkten sich allerdings in den unterschiedlichen Entwicklungswegen bezüglich der Umsetzung der Nostrifikationen, der Wirtschaftspolitik der Staaten, Auswirkungen der Großen Wirtschaftskrise bis zum unterschiedlich starken Staatsinterventionismus aus, der in einigen Staaten zum Etatismus wurde. Die Tschechoslowakei bildet hier eine Ausnahme.

Fritz Weber (Wien) ging in seinem Referat auf den Zerfall der Habsburger Monarchie ein und analysierte am Beispiel des Scheiterns der Donauraum-Strategie der Wiener Banken in der Zwischenkriegszeit das Verhältnis Österreichs zu den Nachfolgestaaten. Nach dem Ersten Weltkrieg entschieden sich die Großbanken trotz der nicht zu übersehenden Anzeichen eines Wirtschaftsnationalismus in den Nachfolgestaaten für eine transnationale Strategie, d.h. die Fortsetzung der alten Orientierung auf den Donauraum unter den neuen politischen Rahmenbedingungen. Weber zeigte, dass dieser Weg nicht mit der Strategie der Länder des „Neuaußlands“ zu vereinen war. Bereits 1919 mussten die Banken unter politischem Druck der Nachfolgestaaten wichtige Teile ihres Filialnetzes, insbesondere in der Tschechoslowakei, aufgeben und ihre Zweigstellen in „nationale“ Banken einbringen. Dabei verwies der Referent auf die Unterschiede zwischen den Ländern Ostmitteleuropas. Der Aspekt der unterschiedlichen Entwicklungen in der Region begleitete die ganze Tagung und zeigte, dass man nicht immer von einem homogenen Gebiet sprechen kann. In den rückständigeren Regionen wie in Jugoslawien oder in Polen, gelang es den österreichischen Banken sehr viel besser, den bestimmenden Einfluss auf die neu gegründeten nationalen Banken gegenüber den vergleichbaren gut entwickelten Ländern der Region zu erhalten. Das lässt sich am Beispiel der Tschechoslowakei nachweisen. Die während der Tagung häufig diskutierte Umschichtung des Kapitals nach 1918 kam im Referat von Weber zum Ausdruck, denn die transnationale Orientierung der Wiener Banken war nur durch ein Bündnis mit dem westlichen Finanzkapital möglich. Es gab aber auch noch einen dritten Weg, den Weber schilderte, über den das westliche Auslandskapital unter Vermittlung der Wiener Banken in den 1920er Jahren in den Donauraum floss. Er lag in der Gründung von Holdinggesellschaften im westlichen Ausland – insbesondere in der Schweiz und in den Niederlanden –, welche die Funktion der Kreditverteilung auf die einzelnen nationalen Gesellschaften des jeweiligen durch die neuen politischen Verhältnisse nach 1918 transnational gewordenen Konzerns übernahmen. Besonders diese Strategie der Gründung der Holdinggesellschaften in den Niederlanden erwies sich als eine gewisse Kontinuität zu der heutigen Transformation in Ostmitteleuropa. Wie am zweiten Tag der Tagung erörtert und nachgewiesen wurde, spielen Firmen aus den Niederlanden als ausländische Investoren

in Ostmitteleuropa eine Vorreiterrolle. Dieser Fakt ist eindeutig auf die Hauptsitze der vielen Holdinggesellschaften, die sich aus steuerlichen Gründen in den Niederlanden befinden, zurückzuführen. Trotz der beträchtlichen Steigerungsraten in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre konnte der Referent die Offensive der österreichischen Großbanken zur Wiedergewinnung ihrer alten Einflussphären im Donaauraum nicht als erfolgreich bezeichnen. In den 1920er Jahren verfügte Wien als mitteleuropäischer Finanzplatz kaum über eine größere Bedeutung als Prag. Als selbständige Financiers hatten die Wiener Banken weitgehend ausgespielt.

Den ersten geographischen Schwerpunkt der Tagung bildeten die Tschechoslowakei und die Slowakei in der Ersten Republik. *Christoph Boyer* (Frankfurt am Main) widmete sich in seinem Beitrag der Frage nach der Konkurrenz und/oder Partnerschaft zwischen dem deutschen und tschechischen Kapital in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit. Die Beziehungen zwischen den deutschen und tschechischen Unternehmern bezeichnete Boyer mit dem von Eduard Kubů geprägten Begriff der Konkurrenzpartnerschaft. Der Beitrag fokussierte sich auf das reichsdeutsche Kapital. Bei dem von Boyer geschildertem Datenproblem: eine Statistik - zumindest der reichsdeutschen Kapitalbeteiligungen - ist kaum möglich, weil reichsdeutsche Investitionen in vielen Fällen nicht publik gemacht wurden, kam ein weiteres Phänomen hinzu, das viele der Staaten Ostmitteleuropas miteinander teilen, nämlich das Verhältnis zum deutschem Kapital. Wie die Tagung gezeigt hat, sind in vielen Fällen vermutlich die deutschen Investitionen um einiges höher anzusetzen als offenbar ausgewiesen wurde. Als Grund für die Tschechoslowakei nennt Boyer, dass reichsdeutsche Kapitaleinflüsse einen Verstoß gegen die Staatsräson der Tschechoslowakei darstellten. Zwei weitere Problemkreise, mit denen sich der Beitrag von Boyer beschäftigte und die für die Fragestellung des Workshops von großer Bedeutung waren, ist zum ersten die Qualität bzw. die Branchenverteilung des ausländischen Kapitals und zum zweiten die Stellung der ausländischen Investoren im Lande. Boyer konnte eindrucksvoll zum Ersten nachweisen, dass die sudetendeutsche Wirtschaft zwar auf dem Papier als imposantes Gebilde vorkam; die Leichtindustrien der einheimischen Deutschen jedoch antiquiert in technologischer Hinsicht und höchst labil durch ihre ungemein hohe Exportabhängigkeit waren. Das reichsdeutsche Kapital war hingegen in erster Linie in der Elektrotechnik, der Metallverarbeitung und der Chemie zu finden. Diese Unternehmen waren Innovationsmotore, Modernisierer in strategischer Schlüsselposition und mit einer Ausstrahlung auf die Gesamtwirtschaft versehen. Zum zweiten begründete die reichsdeutsche Kapitalmacht in der ČSR den mehr oder weniger starken, vor allem aber in den dreißiger Jahren keineswegs unvernünftigen Generalverdacht, hier werde konspirativ und mit wenig freundlichen Absichten die Fernsteuerung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft im Dienste reichsdeutscher ökonomischer und militärischer Interessen betrieben. Auf diese Herausforderung antwortete die ČSR mit einem umfangreichen wirtschaftsnationalistischen Maßnahmenbündel. Das Ziel war die Sicherung und Stärkung der nationaltschechischen Position in den „fremdbestimmten“ Unternehmen der Republik. Dabei sieht Boyer den Wirtschaftsnationalismus unter den gegebenen Voraussetzungen als eine rein rationale politische Strategie an. Allerdings war eine rationale ökonomische Strategie - so Boyers zweite These - nur bedingt möglich. Die „Nationalisierung“ konterkariert nicht notwendig und in jedem Fall die „Modernisierung“ und Effizienz. Als Fazit stellte Boyer fest, dass das Umfeld für reichsdeutsche Unternehmensaktivitäten in der Ersten Republik nicht besonders freundlich war. Aber es gab keinen einheitlichen, umfassenden, von den wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Interessengruppen getragenen und konsequent realisierten "Masterplan" zur Nationalisierung - in der Terminologie des Volkstumskampfes: der „Tschechisierung“ der Wirtschaft und damit einer Verdrängung fremden Kapitals.

Eduard Kubů (Prag) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit den ausländischen Direktinvestitionen in der ersten Republik und deren wirtschaftlicher Bedeutung. Der Beitrag ging von der Ausgangsposition der tschechoslowakischen Volkswirtschaft nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie aus. Das Erbe der Monarchie war, dass das Produktionspotenzial des Landes die Absorptionsmöglichkeiten des Binnenmarktes überschritt. Die Volkswirtschaft der Ersten Republik wurde daher zu einem offenen Markt, der überaus stark von der internationalen Arbeitsteilung und dem wirtschaftlichen Klima abhängig war. Die Ei-

gentumsverhältnisse und die Struktur der ausländischen Beteiligungen in der tschechoslowakischen Industrie haben sich nach der Gründung der Republik dramatisch verändert. Das deutsche Wiener Kapital bzw. das ungarische Budapester Kapital, das in der Industrie der böhmischen Länder bzw. der Slowakei die dominierenden einheimischen Positionen hielt, wurde durch den Zerfall der Monarchie zum ausländischen Kapital. Die große Bedeutung dieses ausländischen Kapitals wurde seitens der Politik und der staatlichen Administration als unvereinbar mit der politischen Unabhängigkeit angesehen. Die ausländischen Direktinvestitionen wurden in der ersten Republik nicht nur als *economicum* sondern auch als *politicum* angesehen - so Kub's Hauptthese. Weiterhin ging Kub in seinem Beitrag auf das häufig während der Tagung diskutierte Problem der Erfassung des ausländischen Kapitals ein. Obwohl es sich um ein sehr wichtiges Problem handelte, strebte der tschechoslowakische Staat zur Zeit der Ersten Republik nie eine zentrale Erfassung des ausländischen Kapitals an. Die erste offizielle Erhebung wurde erst nach der Naziokkupation eingeleitet. Auf Grund dieser amtlichen Ermittlung basiert die Rekonstruktion der ausländischen Direktinvestitionen in der Zwischenkriegszeit durch Alice Teichova. Allerdings betont Kub, dass die jüngeren Forschungen mehr komplementär sind. Vor allem bleiben in der Statistik von Teichova die Landwirtschaft und die riesige Kraft des genossenschaftlichen Geldwesens und des Sparkassenwesens unberücksichtigt, die mit dem Potential der Aktienbanken vergleichbar waren. Den größeren Teil der Investitionen bildeten Minoritätsbeteiligungen. Nur wenige Großinvestitionen sind als Majoritätsbeteiligungen identifizierbar. Der ökonomische Einfluss war an die Kartellgruppierungen gebunden. Eine unübersehbare Rolle spielten auch andere Faktoren. Die ursprünglichen Befürchtungen von der Abhängigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft sind von der wirtschaftlichen Praxis nicht bestätigt worden. Kub betonte, dass die staatliche Wirtschaftspolitik sich ohne bedeutendere Intervention der ausländischen Kapitalgruppierungen formierte. Die Forschungen des letzten Jahrzehnts haben dies im Ganzen eindeutig bestätigt.

Das Problem der Kontinuität und des Wandels der ausländischen Direktinvestitionen im slowakischen Teil der Ersten Republik zeigte *Roman Holec* (Bratislava) eindrucksvoll am Beispiel Dynamit Nobel AG in Bratislava in den drei hintereinander existierenden Staatengebilden: in Ungarn (bis 1918), der Tschechoslowakei (1918-1938) und der Slowakischen Republik (1939-1945). Die Aktiengesellschaft Dynamit Nobel AG Pressburg (Bratislava) (weiter DN) gehörte zum Netz der Fabriken von Alfred Nobel, die über ganz Europa und außerhalb des Kontinents angesiedelt waren. DN wurde 1873 gegründet und spezialisierte sich auf die Herstellung von Sprengstoffen, Dynamit, Schießbaumwolle und weitere Warengruppen. Der Standort in Pozsony (Bratislava) in Ungarn wurde absichtlich wegen der günstigen Verkehrslage und Steuervorteile gewählt. Während des Ersten Weltkriegs erlebte DN als strategisches Unternehmen eine Welle umfangreicher Investitionen und einen dynamischen Aufschwung. Gleichzeitig aber war es als fremdes (deutsches) Unternehmen mit dem ungarischen wirtschaftlichen Nationalismus konfrontiert. Nach dem Zerfall der Monarchie fiel Bratislava mit seinen Werken an den neuen Staat - die Tschechoslowakei. Trotz des politischen Drucks, der Nostrifikation und der Bestrebung um Repatriierung der Aktien blieb Dynamit Nobel in deutscher Hand (Dynamit AG, vorm. Alfred Nobel & Troisdorf). Holec zeigte in seinem Beitrag, was auch als ein Ergebnis der Tagung zu werten ist, nämlich dass die wirtschaftsnationalistischen Maßnahmen der neu entstandenen Staaten in Ostmitteleuropa oft ihre Wirkung verfehlten. Im Fall der Fabrik DN änderte der vom Staat durchgesetzte Nostifizierungsprozess nichts. Die Unternehmensleitung wurde zwar nach Bratislava verlegt, die Direktoren und Hauptvertreter des Unternehmens sicherten sich den Daueraufenthalt in der Stadt und die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, aber die Aktien verblieben ausnahmslos in deutscher, österreichischer und ungarischer Hand. Das deutsche Kapital blieb zwar dominanter Eigentümer, aber angesichts der politischen Konstellation nahm es in der ganzen Zwischenkriegszeit eine abwartende Haltung ein. Die Investitionen in Bratislava sanken auf den Gefrierpunkt. Nach München 1938 wurde Bratislava zum Zentrum des Südosteuropaausschusses der IG Farben. Riesige deutsche Investitionen wurden von 1939 bis 1944 mit der Absicht getätigt, die Fabrik als Zentrum der chemischen Industrie Mittel- und Osteuropas auszubauen. Diese umfangreichen Investitionen hatten nach Holec vor allem einen perspektivischen Charakter und mit ihrem Rückfluss rechnete man in einem langfristigen Maßstab. Die Dynamit Nobel AG Bratislava war die kapital-

größte Fabrik in der Slowakischen Republik. Als deutsches Privatunternehmen funktionierte es als Staat im Staate, mit zahlreichen Steuervergünstigungen und einem hohen Anteil des Staates an den Investitionen. Die Kriegskonjunktur und die umfangreichen Investitionen hielten jedoch nicht lange an. Die tatsächliche Agonie der Dynamitfabrik ist mit Ende 1944 datiert. Nach dem Krieg trat das Unternehmen Dynamit Nobel in eine völlig neue Etappe seiner Existenz ein. Anstelle der alten Führung, auf deren größte „Fische“ der Nürnberger Prozess wartete, bildete sich mit den neuen Besitzverhältnissen auch eine neue Verwaltung. Diese rekrutierte sich aus dem anonymen „Volk“. Der Konzern der Bratislavaer Dynamitfabrik konnte somit nicht die alten Besitzverhältnisse konservieren und damit wiederhergestellt werden.

Ursprünglich wurde auch ein Beitrag von *Màtè Botos* (Piliscsaba) zum Thema der Auslandsinvestitionen in Ungarn zwischen 1920 bis 1931 geplant. Auf Grund der Erkrankung des Referenten blieb dieses Thema offen, was aber in der folgenden Publikation mit einem zusätzlichen Beitrag von *Tamas Reti* (Budapest) ausgeglichen wird. Darüber hinaus ist noch ein Beitrag von *Ewa Ostaszewska* (Berlin) über die ausländischen Direktinvestitionen in Polen seit 1990 geplant.

Die zweite polnische Republik bildete den dritten großen geographischen Schwerpunkt des Vergleiches. *Mirosław Klusek* (Kraków) ging in seinem Beitrag auf das Thema der Auseinandersetzung um das Fremdkapital in Polen in der Zwischenkriegszeit ein. Klusek betonte am Anfang seines Vortrags, dass die Darstellung der Bedeutung des Fremdkapitals für die Wirtschaft Polens in der Zwischenkriegszeit keine leichte Aufgabe sei. Die Schwierigkeit resultiert vor allem aus dem Problem der Feststellung, welches Kapital einen Fremdkarakter hatte, denn die in der Statistik meist verwendeten Kriterien der Bürgerschaft und der Nationalität stellen sich hier als nicht ausreichend dar. Als Lösung schlägt der Referent vor, als Indikator - die Rolle, die das jeweilige Kapital in der Wirtschaft des Landes spielte, also die Art und Weise der Verbindung mit den ausländischen Dispositionszentren und die Verfügung von Erträgen in deren Interesse, zu verwenden. Klusek zeigte in seinem Beitrag eindrucksvoll die Unterschiede im Bereich der Zugeständnisse und Konzessionen der einzelnen Regierungen, der Maßnahmen der Gewinnung des ausländischen Kapitals und den unterschiedlichen Umgang mit den ausländischen und inländischen Unternehmen, was auf die unterschiedliche Aufnahmebereitschaft in der polnischen Gesellschaft zutraf. Dabei stellte der Referent fest, dass die Einstellung des polnischen Staates gegenüber dem ausländischen Kapital sehr wohl positiv war. Eine Ausnahme bildeten allerdings die deutschen Investoren. Ein Fakt, der schon im Fall der Tschechoslowakei zur Sprache kam. Der Vortrag zeigte, dass die Befürchtungen gegenüber den deutschen Investitionen, nicht nur aus politischen Gründen, wie die Spannung im polnisch-deutschen Verhältnis und die immer größer werdende Kriegsgefahr, sondern auch zu einem geringen Teil auf die historischen Gegebenheiten zurückzuführen sind. Trotz der freundlichen Position der Regierung gegenüber dem ausländischen Kapital hielt sich das Interesse der ausländischen Investoren an der polnischen Wirtschaft in Grenzen und konnte erst in den Jahren von 1924 bis 1929 eine bessere Entwicklung nachweisen. Die Ausnahme war hier nur das französische Kapital. Ähnlich wie heute besaß das französische Kapital in Polen den größten Anteil, das sich im Ölbergbau, der Papierindustrie und im Bankwesen konzentrierte. Den zweiten Platz nahm das deutsche Kapital ein, das am meisten im Bergbau, Hüttenwesen und in der Maschinen- und Elektroindustrie zu sehen war. Danach folgte das belgische Kapital, vorwiegend in den Gas- und Elektrizitätswerken. Schließlich ist das amerikanische Kapital zu erwähnen, das hauptsächlich in das Hüttenwesen und die Chemieindustrie investierte. Der Beitrag von Klusek zeigte die großen Bemühungen der polnischen Regierung um das ausländische Kapital aus den „befreundeten“ Ländern. Einige Vergünstigungen für die Investoren, die der Beitrag aufzeigte, könnten mit den heutigen Sonderwirtschaftszonen in Polen verglichen werden. Als Fazit betonte der Referent, dass die wirtschaftliche Lage, in der sich Polen in der Zwischenkriegszeit befand, das Land zwang, sich auf ausländisches und fremdes Kapital zu stützen. Ohne die Öffnung des polnischen Marktes für ausländisches Kapital und diese verstärkenden Begünstigungen wäre nicht nur die Möglichkeit einer Beschleunigung der Entwicklung des ökonomischen Lebens, sondern das Funktionieren der gesamten polnischen Wirtschaft in Frage gestellt gewesen. Die polnische Bevölkerung bemerkte die Modernisierungsrolle des ausländischen Kapitals kaum, machte dagegen vor allem in

der zweiten Hälfte der 1930er Jahre den ausländischen Unternehmen Vorwürfe, dass sich die Investitionen hauptsächlich auf den Kauf von Aktien schon bestehender Betriebe konzentrierte und nur die hohen und schnellen Gewinne zum Ziel hätten. Diese Enttäuschungen der polnischen Bevölkerung gegenüber dem ausländischen Kapital resultierten vor allem aus zu großen Erwartungen. Klusek stellt zum Schluss fest, dass sich die Art der Wahrnehmung von ausländischem Kapital durch die polnische Gesellschaft der Zwischenkriegszeit mit der heutigen Einschätzung in Polen deckt.

Das zweite Referat in dieser Sektion, von *Katarzyna Shannon* (Warschau), das sich auf die polnische Region Ost-Oberschlesien konzentrierte, untersuchte die Positionen der ober-schlesischen Unternehmer gegenüber dem Etatismus und Wirtschaftsnationalismus. Zunächst ging die Referentin auf die Ursachen des Etatismus in Polen ein und nannte vor allem zwei wichtige Aspekte: die wirtschaftliche Situation Polens nach 1918 mit der großen Kapitalarmut und Schwierigkeiten, die drei ehemaligen Teilungsgebiete zu einem Staatsorganismus zu integrieren, sowie die Abneigung der westlichen Investoren, das beträchtliche Kapital in Polen wegen der labilen geopolitischen Lage des Landes (Polen als „Saisonstaat“) zu aktivieren. Aus diesem Grund übernahm der Staat oft die Rolle des Investors. In den 1930er Jahren artete der Staatsinterventionismus in Etatismus aus. In Oberschlesien war vor allem der ober-schlesische Wojewode Michał Grażyński vom linken Flügel *Sanacja* „*Naprawiacze*“ der bekannteste Vertreter der wirtschaftsnationalistischen und syndikalistischen Ideen. Das Ziel seiner Politik war die Polonisierung der vorwiegend im deutschen Besitz verbliebenen Industrie. Den größten Verdienst hat Shannon's Beitrag in der Betrachtung des unternehmerischen Standpunktes, der in der bisherigen polnischen Historiographie zum Thema Etatismus kaum berücksichtigt wurde. Die bisherige These in der polnischen Wirtschaftsgeschichte ging von den ausschließlich feindlichen Attitüden der deutschen Industriellen gegenüber dem polnischen Staat aus. Shannon verifiziert mit ihrer Untersuchung des Verhaltens des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins (Arbeitsgeberverband) und deren Akteuren gegenüber der Zentralregierung in Warschau diese These. Dabei wies die Referentin auf die Bedeutung der Lobbyarbeit des Vereins bei Behörden in Warschau und die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Politik hin, um ein besseres Verständnis für die Interessen der ober-schlesischen Industrie zu erzielen. Die Untersuchung zeigte, dass die Unternehmer primär nach dem Prinzip „business first“ agierten. Das Denken in nationalen Kategorien war hingegen eher zweitrangig. Durch den radikalen Nationalismus Grażyńskis, nicht nur den Wirtschaftskreisen gegenüber, eskalierten allerdings die Beziehungen zwischen Deutschen, Juden und Polen in der Region.

Das letzte Referat des ersten Tages von *Klaus Heller* (Gießen) war ein Exkurs zum Thema der ausländischen, insbesondere deutschen Investitionen in Russland vor und nach 1917 und deren politische und ideologische Aspekte. Heller betonte, dass zumindest in der postsowjetischen Historiographie kaum mehr bestritten wird, dass durch westliches Engagement Russlands Wirtschaft im Verlauf ihres Industrialisierungsprozesses viel frisches Blut in Form von Kapital, Technologie und Management zugeflossen ist. Das Problem ausländischer Investitionen in Russlands Wirtschaft und die damit angeblich verbundene Gefahr einer wachsenden Abhängigkeit vom westlichen Einfluss gehört in Russland, ähnlich wie in den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, seit jeher zu den Gemeinplätzen öffentlicher wie privater Bewertung jeglicher ökonomischer Aktivitäten von Fremden im eigenen Lande. Zu keinem Zeitpunkt sei es aber zu einer solchen Abhängigkeit Russlands vom Westen gekommen. Die Rolle des ausländischen Kapitals habe sich nur darauf beschränkt, im Verlauf der forcierten Industrialisierung Russlands seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert gewisse soziale und ökonomische Nachteile auszugleichen, die sich aus dem eigenen autokratischen System ergeben hätten, um das Land in allen Bereichen seiner Volkswirtschaft auf Wachstumskurs zu bringen. Eine andere Ähnlichkeit resultiert aus der Wirtschaftspolitik der Staaten gegenüber dem ausländischen Kapital. In Russland blieb eine Grundtendenz der voreingenommenen Politik gegenüber ausländischen Aktiengesellschaften bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs erhalten, d.h. der Staat begünstigte zwar den Zustrom ausländischen Kapitals, aber nicht unbedingt die Tätigkeit ausländischer Aktiengesellschaften im eigenen Land. Aber auch in der Öffentlichkeit nahmen die Aversionen gegenüber der ausländischen Investitionstätigkeit nach der Revolution von 1905 in

Russland mehr und mehr zu. Vor allem wurde immer wieder die „Russifizierung“ der ausländischen, insbesondere der deutschen Unternehmen auf russischem Boden von der „rechten“ Presse gefordert. Schon manche Unternehmer hatten deshalb Russland bereits wieder verlassen bzw. ihre Vorhaben, in Russland zu investieren, wieder aufgegeben, bevor im Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch Nationalisierungen und Konfiszierungen einsetzten.

Jutta Günther (Halle) gab als erste Referentin des zweiten Tages eine Einführung zum Thema des Verlaufs der Direktinvestitionstätigkeit in Ostmitteleuropa seit 1990 und damit einen Einblick in die Perspektiven für die Empfängerländer. Günther führte ein Problem vor Augen, das schon die Wirtschaftshistoriker für die Zwischenkriegszeit bedauerten, nämlich die Probleme der statistischen Erfassung der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) und deren Vergleich. Seit dem Beginn der Transformation stehen zwar „bessere“ Statistiken zur Verfügung; allerdings ist die breite Erfassung von ADI auch heute keineswegs frei von Problemen. Das gilt vor allem für die internationale Vergleichbarkeit von Daten, da die Kriterien zur Erfassung in der Praxis nicht einheitlich gehandhabt werden und in den einzelnen Ländern in der Vergangenheit auch immer wieder Änderungen unterlagen. Auf Basis der vom Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche regelmäßig publizierten Zahlen stellte Günther die Entwicklung der ADI ländervergleichend für Ungarn, Tschechien und Polen dar. Dabei wurde deutlich, dass die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen sich seit 1990 in den ostmitteleuropäischen Ländern unterschiedlich schnell vollzog. Günther betonte in ihrem Beitrag, dass wesentlich wichtiger als die Quantität der ADI die von den im Gastland etablierten Tochtergesellschaften ausgehenden Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung seien. Dabei kommt vor allem dem Aspekt des Technologietransfers eine zentrale Bedeutung zu. Belege für das Vorhandensein von Technologie-Spillovers zugunsten einheimischer Unternehmen sind hingegen alles andere als eindeutig. Die Mehrzahl der in jüngster Zeit durchgeführten ökonomischen Spilloveruntersuchungen weist für die Transformationsländer keine (oder sogar negative) Produktivitätseffekte für die einheimischen Unternehmen nach. Wichtiger als die Fokussierung auf ADI als Träger technologischer Entwicklungen erscheint nach Günther nunmehr die Stärkung des nationalen Innovationssystems, welches die technologische Leistungsfähigkeit einheimischer Unternehmen fördert, ausländische Investoren integriert und beide mit den einheimischen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen vernetzt.

Gábor Hunya (Wien) übernahm das Thema der Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen auf Wachstum und Umstrukturierung in Ostmitteleuropa seit 1989. Dabei stellte Hunya fest, dass, obwohl die Öffnung der ostmitteleuropäischen Länder Ende der 1980er Jahre sich in der Zeit der weltweiten Ausdehnung von grenzüberschreitenden Investitionen vollzog, Ostmitteleuropa in diesem Prozess eine marginale Rolle mit 2-4 % der weltweiten ADI spielt. Eine der Thesen von Hunya ist, dass vor allem die direkten Einflüsse der ADI, wie der Beitrag zur Kapitalbildung, Know-how und Technologie, eine Schlüsselrolle in den Transformationsländern spielten. Besonders die Privatisierung und rasche Umstrukturierung wären unter Einbeziehung des einheimischen Eigentums viel langsamer vonstatten gegangen. Gleichzeitig betonte Hunya, dass die Wachstumsrate des BIP kaum mit dem zugeflossenen ADI korreliert, denn auch der slowenische Weg mit einer strengen Kapitalkontrolle war nicht wachstumshemmend. Der Einfluss der Wirtschaftspolitik der Länder ist nach Hunya's Meinung nicht zu unterschätzen. Länder mit instabiler Währung oder verzögerter Privatisierung bekamen wesentlich weniger ADI oder konnten erst später Investoren heranziehen. Die Beitrittsländer unterschieden sich diesbezüglich nicht nur untereinander, sondern auch von Südosteuropa. Die staatliche Förderung von ADI war in der ersten Hälfte der 1990er Jahre vor allem in Ungarn ausgeprägt. Am Ende des vorigen Jahrzehnts konnten Tschechien und Slowakei in der Entwicklung stark aufholen. Dieser Fakt spiegelt sich in den Statistiken der ADI-Zuflüsse wieder. Dabei stellt Hunya fest, dass die ADI allgemein zu fördern nicht mehr notwendig sei. Dagegen gewannen der technologische Fortschritt und Spillovers an Bedeutung und benötigen eine zielgerichtete Förderung. Nach dem EU-Beitritt sinken die Transaktionskosten, womit sich die wirtschaftliche Stabilität erhöht. Auch die weiterhin bedeutenden Lohngefälle werden ADI in

Ostmitteleuropa heranziehen, obwohl ein Teil der Billiglohnfertigung weiter nach Osten abwandern wird. Für die Zukunft kann man vor allem eine Rationalisierung der Standorte erwarten.

Der erste Tag der Tagung zeigte, dass für die Zwischenkriegszeit die Tschechoslowakei eine Ausnahme in einem ostmitteleuropäischen Entwicklungspfad in vielerlei Hinsicht darstellte. Ungarn übernahm dagegen eine Vorreiterrolle, wenn es um den Zufluss der ADI während der marktwirtschaftlichen Transformation in Ostmitteleuropa ging. Das wurde am zweiten Tag des Workshops eindrucksvoll nachgewiesen. Mit dem Einfluss der ausländischen Direktinvestitionen auf die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns beschäftigte sich das Referat von *Ádám Török* (Veszprém). Seine wirtschaftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Überlegungen zeigten, dass die Modernisierung der Wirtschaft schon in den 1980er Jahren in einem geringen Ausmaß auf Joint Ventures beruhte. Die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mit den ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn erschienenen Firmen haben zur Leistungsverbesserung der Volkswirtschaft wesentlich beigetragen. Der sehenswerte Aufschwung der ungarischen Exporte ist in großem Ausmaß diesen Firmen in ausländischem Besitz zu verdanken, und eine spektakuläre Wettbewerbsfähigkeitsverbesserung der Exporte der Industriegüter ist auch nachweisbar. Ein weiteres Element des positiven Einflusses der ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn wies Török in der Veränderung der Verhaltensmuster der ungarischen Firmen und auch der sich schnell verbreitenden Innovationstätigkeit der Firmen mit ausländischem Besitz nach. Diese letzte Entwicklung kann nach Török auch als Beweis gegen diejenigen Argumente gesehen werden, die eine beschleunigte Dualisierung der ungarischen Wirtschaft betonen.

Das tschechische Beispiel der Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen auf die Umstrukturierung der Industrie stellte *Alena Zemplerova* (Prag) vor. Die Referentin betonte, dass nicht nur die Quantität, sondern vor allem die Struktur der ADI einen hohen Einfluss auf die positiven Effekte in der lokalen Wirtschaft haben. Die ökonometrische Analyse Zemplerova's basierte auf der Zeitperiode zwischen 1993 und 2002 und konzentrierte sich auf Wachstum, Technologie, Produktivität, Löhne und Wandel in der Produktionsstruktur der tschechischen Industrie. Die Hypothese von Zemplerova ist, dass die ausländischen Firmen einen viel höheren Katalysatoreffekt in dem Catching-up-Prozess und in der Transformation der Industriestrukturen haben, als dies in den entwickelten westlichen Volkswirtschaften der Fall ist. Allerdings zeigte der Beitrag, dass in Tschechien ein Unterschied in dem zeitlichen Verlauf dieses Prozesses zu beobachten ist. Bis 1998 verfolgte die tschechische Regierung eine Politik des Protektionismus der einheimischen Investoren mit dem Ziel der Schaffung eines einheimischen Unternehmertums, was sich in der Statistik widerspiegelt. Dass dies nicht wie erhofft hohe Effekte brachte, verdeutlicht der Fakt, dass heute die ADI einen über 50 %-igen Anteil an der Zahl aller Unternehmen in Tschechien besitzt. Die Analyse von Zemplerova zeigte, dass die ausländischen Firmen in Tschechien konkurrenzfähiger als die einheimischen Unternehmen sind. Zwar wächst die Produktivität in den einheimischen Firmen schneller als die Löhne, aber auch die einheimischen Firmen sind gezwungen, höhere Löhne zu zahlen, um konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben, vor allem wenn es um qualifizierte Arbeitskräfte geht. Darüber hinaus belegte die Referentin, dass die ausländischen Firmen die Änderung in der Industriestruktur vor allem mit auf Technologie basierten Aktivitäten vornahmen. Zemplerova erwartet, dass die multinationalen Firmen ihre Abhängigkeit vom Sachkapital her reduzieren und mehr auf die Fähigkeiten setzen, um flexibel und fähig zu sein, die erwarteten Veränderungen leichter zu überwinden.

Mit der Rolle der ausländischen Investoren in Polen beschäftigte sich der nächste Beitrag von *Tomasz Kalinowski* (Berlin). Anhand der neuesten Literatur zum Thema sowie auf Basis der Gespräche mit den Investoren in Polen analysierte Kalinowski vor allem das deutsch-polnische Verhältnis im ADI-Bereich. Darüber hinaus ging der Beitrag auf die Rolle der Faktorkosten bei den Investitionsentscheidungen sowie die Konsequenzen der ADI für den polnischen und deutschen Arbeitsmarkt ein. Kalinowski beugte in seiner Argumentation der Meinung vor, dass die Investitionen deutscher Firmen in Ostmitteleuropa auf Kosten der Arbeitsplätze in Deutschland entstünden. Bei der Analyse der Herkunftsländer zeigte Kalinowski, dass sich Ende 2003 auf dem Ranking der wichtigsten Investoren in Polen Frankreich, gefolgt von den Niederlanden, USA,

Deutschland und Italien befanden. Anhand einer Umfrage zeigte der Referent, dass für die Entscheidung über die Aktivität der ausländischen Investoren in Polen sowohl die kosten- als auch marktorientierten Motive von genauso großer Bedeutung sind. Zum Schluss äußerte sich Kalinowski sehr kritisch über die sogenannte „Steuerdumping-Debatte“ gegenüber den Beitrittsländern, was insbesondere durch Deutschland initiiert wurde. Gegenüber der Forderung der Einführung von Mindeststeuersätzen bei den direkten Steuern argumentierte der Referent, dass diese Forderung in der Begründung falsch, ökonomisch nicht zu vertreten und politisch nicht durchsetzbar sei.

István Fekete (Budapest) zeigte in seinem Beitrag die Strategien von multinationalen Unternehmen in Ostmitteleuropa aus der Praxis. Nirgendwo waren bzw. sind die ausländischen Unternehmen an der wirtschaftlichen Tätigkeit so stark beteiligt wie in Ungarn. Fekete's Zahlen bestätigen diesen Fakt, denn der Anteil der ADI an Investitionen ist mit 90 %, am Export mit 80 %, an der Bruttowertschöpfung mit 55 % und Gesellschaftssteuererwerb mit 50 % sehr hoch. Einen fast 30 %-tigen Anteil an der Zahl der Beschäftigten in Ungarn haben auch die multinationalen Unternehmen. Neben den allgemein bekannten Investitionsfaktoren, wie der Größe des Zielmarktes oder dem Einkommensniveau, betonte Fekete die Bedeutung der qualitativen und „weichen“ Faktoren, die nicht zu unterschätzen sind. Die kulturellen Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede, die Lebensqualität vor Ort in Form von vorhandenen Unterkünften, Schulen, Umwelt oder kulturellem Angebot wurden dabei besonders berücksichtigt. Fekete ging in seinem Beitrag auch auf das sogenannte „IBM-Syndrom“ in Ungarn, d.h. die Verlagerung der Produktionsstandorte von ausländischen Firmen aus Ungarn, vorwiegend nach China, ein. Allein in den letzten zwei Jahren sorgten die drei Beispiele von IBM, Flextronics und Philips für Schlagzeilen. Die Abwanderung führte zu einem Verlust von insgesamt über 5.000 Jobs. Darüber hinaus sieht Fekete nach wie vor einige Schwachpunkte Ostmitteleuropas als Bezugsregion für die ADI. Das äußert sich in einer schwachen Mobilität der Arbeitskräfte, fehlender Fachausbildung, hoher Korruption, Kapitalmangel und schlechter Infrastruktur. Als Stärken der Region sieht Fekete dagegen die wachsenden Absatzmärkte, industrielle Traditionen, die Möglichkeit der Produktivitätssteigerung, die universitäre Ausbildung und Aufgeschlossenheit für Neues bei den Menschen. Nach wie vor lässt allerdings die Akzeptanz der ADI in der Bevölkerung zu wünschen übrig. Ein Teil der Gesellschaft lehnt ausländisches Kapital ab. Die häufigste Kritik an den multinationalen Unternehmen sei die Nichteinhaltung der Umweltauflagen, die aggressive bzw. verleumderische Werbung, die Verdrängung preiswerter Produkte, der Abbau von Arbeitsplätzen und Abzug der Gewinne, inklusive des Transfers ins Ausland.

Gerade mit diesem Thema, der Akzeptanz ausländischer Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa, beschäftigte sich *Roland Döhrn* (Essen). Döhrn stellt fest, dass die Akzeptanz fördernd wirkt, dass ausländische Investoren wirtschaftlich erfolgreicher sind als einheimische Unternehmen und deshalb auch höhere Arbeitsentgelte zahlen und dass dies mit positiven Wirkungen für die gesamte Volkswirtschaft verbunden sei. Negativ wirkt sich aus, dass der Beitrag ausländischer Unternehmen zur Wirtschaftsleistung in vielen Ländern derart groß ist, dass Ängste vor einer Fremdbestimmung zwangsläufig aufkommen können. Zum wiederholten Mal kommt auch im Beitrag von Döhrn eines der Ergebnisse der Tagung verstärkt zum Ausdruck, dass nämlich Spillovers im Rest der Wirtschaft bislang gering sind, so dass die Unterschiede zwischen ausländischen und heimischen Unternehmen noch zunehmen. Die ausländischen Investitionen konzentrieren sich auf vergleichsweise wenige Regionen, so dass sich die regionalen Disparitäten vergrößern. Inwieweit dies zu Akzeptanzproblemen führt, hängt allerdings zum einen von den Erwartungen ab, die die Öffentlichkeit an ausländische Investoren knüpft, zum anderen vom makroökonomischen Umfeld. Eine allgemein günstige wirtschaftliche Entwicklung wird die Frage der Akzeptanz in den Hintergrund drängen.

Mit der räumlichen Verteilung der Aktivitäten der multinationalen Unternehmen in Ostmitteleuropa beschäftigte sich der nächste und gleichzeitig letzte Beitrag der Tagung von *Farid Toubal* (Kiel). Toubal stellte sich die stark diskutierte Frage nach der Motivation der Aktivitäten von multinationalen Unternehmen. Welche makroökonomischen und geographischen Faktoren haben Einfluss auf die Entscheidungen von ausländischen Investoren in Ostmitteleuropa? Schließlich die Frage: welche Wirkung hat die Erweiterung der Europä-

ischen Union auf die Aktivitäten der ADI in Ostmitteleuropa? Toubal stellte fest, dass durch die Erweiterung der EU die Marktmöglichkeiten der ostmitteleuropäischen Länder allein durch den Wegfall der Zolltarife zunahmen. Die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die Stärkung der Rolle von politischen und gesellschaftlichen Institutionen hatten einen positiven Einfluss auf die Geschäfte der deutschen multinationalen Unternehmen. Langfristig ist daher die Angleichung der noch bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West zu erwarten.

Fazit der Tagung

In der Abschlussdiskussion wurde die Frage der Kontinuität bzw. der Diskontinuität ausländischer Direktinvestitionen eingehend behandelt. Die Mehrzahl der Workshopteilnehmer interpretierte die in den Vorträgen dargestellten Entwicklungen als eine Diskontinuität. Zwar gibt es Kontinuitäten hinsichtlich der Herkunftsländer ausländischer Investitionen, zum Beispiel die starke Rolle des französischen Kapitals in Polen und der österreichischen Investitionen in Tschechien und Ungarn, aber an vielen anderen Aspekten wurde zugleich deutlich, dass sich die Situation heute erheblich von der Zwischenkriegszeit unterscheidet. Zu den radikalsten Brüchen der Entwicklung der multinationalen Firmen in dieser Region gehören ohne Wenn und Aber die beiden Weltkriege und die sozialistische Periode. Der Rückgang des Anteils von ADI in Osteuropa von 10 % im Jahre 1914 auf 3 % nach 1990 ist nur ein Indikator dieser Diskontinuitäten. Eine gravierendere mögliche Folge dieser Diskontinuität könnte sein, dass die Region Ostmitteleuropas sich erneut zur Peripherie Westeuropas entwickelt. Der regionale Ausgleich zu sozialistischen Zeiten stand ökonomisch auf wackligen Füßen. Die neuen Polarisierungen sind somit eigentlich altbekannt, die bisher verdeckt und nicht nachhaltig „wegentwickelt“ wurden. Die ausländischen Direktinvestitionen sind dabei kein Allheilmittel, um der peripheren Lage zu entkommen, denn es gibt keine großen Wachstumsunterschiede zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichen ADI-Zuflüssen. Um diese Situation zu überwinden, ist mehr Kreativität gefordert. Aufholprozesse von Finnland, Irland und Österreich folgten nicht einem bestimmten Muster. Pfadabhängigkeiten lassen sich nur schwer erklären und gelten nicht für die ADI – so ein Ergebnis der Tagung.

In der Zwischenkriegszeit bestand das Problem des Wirtschaftsnationalismus viel stärker als heute. Die Unternehmensstrategien waren eher an nationale, politische Strategien gekoppelt als in der Zeit nach 1990. Heute tritt die nationale Etikettierung immer mehr in den Hintergrund. Das Kapital war in den 1920er/1930ern stärker von Staatsverträgen und Vereinbarungen abhängig. Heute entscheiden eher betriebswirtschaftliche Entscheidungen über die Realisierung von Investitionen. Einige Kontinuitäten, vor allem von Feindbildern und Mythen in Bezug auf das ausländische Kapital (z.B. in Polen, die ständige Angst vor dem großen Nachbarn Deutschland) wurden dennoch durch die einzelnen Tagungsbeiträge sichtbar. Die reale Rolle dieser Kontinuitäten ist oft sehr unterschiedlich und schwer zu erfassen. Fest steht aber, dass die Akzeptanz der ADI oft aus der Geschichte und nicht aus der tatsächlichen Entwicklung resultiert. Überhaupt ist die Frage nach der Auswirkung des Wirtschaftsnationalismus als spezifischer Entwicklungsweg Ostmitteleuropas auf die tatsächliche Entwicklung der ADI zu hinterfragen. Die Unterschiede zwischen dem „guten“ und dem „bösen“ ausländischen Kapital in Ostmitteleuropa sind nicht zu unterschätzen.

Die Tagung hat auch gezeigt, dass die Rolle der ADI in der Region viel größer ist, als dies der 2,4 %-ige Anteil dieser Region an den weltweiten ADI vermuten lässt. Einige Branchen und Sektoren, die F&E, strategische Sektoren wie die Bank- und Versicherungsbranche befinden sich fast ausschließlich in „ausländischen“ Händen. Hervorzuheben ist die als ausgesprochen gelungen zu bezeichnende Diskussion zwischen den beiden „Lagern“ des Workshops, das heißt Historikern einerseits und Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern andererseits. Die von den Organisatorinnen des Workshops geplante Herausgabe eines gemeinsamen Bandes stieß auf ein großes Interesse und dürfte zu einer interdisziplinären Vernetzung führen.

Kontakt:

Dipl.-Kauffr. Dagmara Jajesniak-Quast
Europa-Universität Viadrina
Forschungsstelle Wirtschafts- und
Sozialgeschichte Ostmitteleuropas
Grosse Scharrnstraße 59
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. + 49 (0) 335 5534-2487
Fax + 49 (0) 335 5534-2613
E-Mail: jajesniak-quast@euv-frankfurt-o.de
Internet: <http://www.wsgn.uni-ffo.de>

Dr. Jutta Günther
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstr. 8
06108 Halle (Saale)
Tel. 0345 – 77 53 708
Fax 0345 – 77 53 820
Email: Jutta.Guenther@iwh-halle.de
Internet: <http://www.iwh.uni-halle.de>

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2004.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2004, Nr.046
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2004/046-04.pdf>